



Thema: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Autor: k.A.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird immer wichtiger. Unternehmer gehen nach Möglichkeit auf die diesbezüglichen Bedürfnisse ihrer Mitarbeiter ein – doch gerade wenn es um die Kinderbetreuung (vor allem im ländlichen Raum) geht, ist auch die öffentliche Hand gefragt.

Bozen – Die mobile Erreichbarkeit ist für Frauen im Durchschnitt wichtiger als für Männer, das ist das Ergebnis einer Studie des Marktforschungsinstituts GfK in 22 Ländern. Demnach ist es für 43 Prozent der Frauen wichtig, stets erreichbar zu sein, gegenüber 40 Prozent der Männer. Der Unterschied ist zwar ein geringer, dennoch vermuten die Forscher, er resultiere aus einem Zusammenhang mit den „Multitasking-Aktivitäten zwischen Arbeit und Familie“, von denen Frauen besonders betroffen seien.

Dies ist ebenso wenig überraschend wie die Erkenntnis, dass in der Regel nach wie vor die Frauen auf die Ausübung ihres Berufes oder auf den beruflichen Aufstieg verzichten, um die Betreuung des Nachwuchses zu übernehmen – auch in Südtirol. Doch immer mehr Frauen entscheiden sich dafür, einen Beruf auszuüben – ob als Vollzeit- oder Teilzeit- oder aus Lust und Freude am Arbeiten oder aus finanzieller Notwendigkeit, sei dahingestellt. So waren 1995 von den in Südtirol wohnenden Frauen ab 15 Jahren 41,7 Prozent erwerbstätig und 1,3 Prozent arbeitsuchend; 2015 waren 49,5 Prozent Erwerbstätige bzw. 2,1 Prozent arbeitsuchend.

Auch deshalb greifen immer mehr Familien auf öffentliche bzw. öffentlich finanzierte Betreuungseinrichtungen zurück. Besonders im Bereich der Kleinkinderbetreuung hat sich in den vergangenen zehn, 15 Jahren in Südtirol einiges getan: Kindertagesstätten, Horte und Tagesmütter haben sich in zahlreichen Ortschaften etabliert. Daneben bestehen einige Unternehmen betriebseigene Kindertagesstätten errichtet, um ihren Mitarbeitern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Und auch in den Sommermonaten gibt es immer mehr Betreuungsangebote, wenn diese auch noch lange nicht flächendeckend sind. Nachmittags- oder Hausaufgabenbetreuung von Grundschulkindern ist kaum verbreitet.

Ohne Unterstützung von Familie und Freunden geht es oft nicht

Nicht nur deshalb ist es für arbeitende Eltern in Südtirol ohne Unterstützung von Verwandten und Freunden noch immer nicht möglich, regelmäßig bzw. Vollzeit zu arbeiten. Zwei Beispiele: Tagesmütter haben eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden – ebenso wie viele andere Arbeitnehmer. Wenn also die Arbeitsstelle der Eltern nicht in unmittelbarer Nähe der Tagesmutter des Kindes ist und zudem die Möglichkeit

zum Durcharbeiten besteht, können diese keine Vollzeitstelle annehmen. Oder Kindergärtnerinnen arbeiten 33 Stunden pro Woche mit Kindern, und sie haben 15 Wochen im Jahr Ferien, und so sind die meisten Kindergärten lediglich von 7.30 Uhr bis 14.30 oder 15 Uhr geöffnet, an Freitagen häufig nur bis mittags. Auch in diesem Fall ist eine Vollzeitstelle für beide Elternteile nur schwer möglich – wenn nicht private Hilfe zur Verfügung steht.

Die Situation ist anderswo ähnlich. „Gut die Hälfte der Kindergärten und 40 Prozent der Kinderkrippen schließen bereits um 15 Uhr. Doch für 60 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der Jobauswahl sehr wichtig. Das Angebot der ganztägigen Kinderbetreuung stellt somit für die Gemeinden einen unabhängigen Standortfaktor dar, um Familien in der Region zu halten“, betonte beispielsweise Martina Entner, Landesvorsitzende von „Frauen in der Wirtschaft Tirol“, kürzlich und forderte das Land Tirol dazu auf, „nicht auf der Mitte des Weges haltzumachen“ und das Angebot weiter auszubauen, um die bisherige positive Entwicklung bezüglich Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen und Nachmittagsbetreuung von Kindern fortzusetzen.

Zuletzt war die öffentlich finanzierte Kinderbetreuung bzw. deren Ausbau immer wieder Thema auf Südtirols politischem Parkett (siehe beigeletzte Infobox). Doch wie fühlen die Südtiroler Arbeitgeber die Betreuungssituation? Sehen sie mit dem Status quo zufrieden? Sehen sie weiteren Handlungsbedarf? Die SWZ hat nachgefragt.

„Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, sagt Josef Negri, Direktor des Unternehmensverbandes, „dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Eltern

sein können und sich zugleich beruflich weiterentwickeln, ist derzeit eines der wichtigsten Themen in der Südtiroler Unternehmerschaft. Es geht dabei aber nicht allein um die Kinderbetreuung, sondern auch um flexible Arbeitszeiten und neue Arbeitsmodelle.“ Is habe diesbezüglich schon einige Treffen des Südtiroler Wirtschaftsings mit den Gewerkschaften gegeben. Die Unternehmen arbeiten „sehr aktiv und konstruktiv“ daran, ihren Mitarbeitern in den genannten Bereichen Möglichkeiten zu schaffen, auch damit das Wissen und die Kompetenzen von Mitarbeitern, die Eltern werden bzw. sind, für den Betrieb nicht verloren gehen. „Zugleich muss aber jedes Unternehmen auf die eigenen organisatorischen Bedürfnisse achten. Es ist nun einmal nicht möglich, jede Arbeit von zu Hause aus zu erledigen“, so Negri.

Nicht immer werden vorhandene Angebote angenommen

Im Bereich Betreuung gibt es zum Beispiel Unternehmen, die eigene Betriebskindertagesstätten eingerichtet haben, zum Teil gemeinsam mit anderen Unternehmen. Mancherorts werden diese Angebote gut angenommen, doch nicht überall, weiß Negri. Eine Gemeinschaftsinitiative in Leifers etwa sei wieder aufgelassen worden, weil die Nachfrage nach den Betreuungsplätzen zu gering war.

„Die Unternehmen“, sagt Negri, „sind bei der Kinderbetreuung durchaus bereit, selbst Verantwortung zu übernehmen. Doch auch die öffentliche Hand ist gefragt.“ Vor allem beim Ausbau des Angebots im ländlichen Raum. Obwohl die Kinderbetreuung und der Ausbau des öffentlichen Angebots ein großes gesellschaftliches Thema sind,

scheinen sich Arbeitnehmer in der Praxis – falls möglich – eigenständig zu organisieren. „Ich kann mich zumindest an keine Anfrage eines Mitgliedsbetriebs zum Thema Kinderbetreuung erinnern“, sagt Wilfried Albenberger. Das könnte, vermutet der Leiter der HGV-Personalberatung, damit zusammenhängen, dass sich Frauen erst dann wieder zum Einstieg in einen Beruf im Gastgewerbe entscheiden, wenn die Kinder schon eine bestimmte Selbstständigkeit entwickelt haben. Aber auch damit, dass Teilzeitjobs mit Arbeitszeiten angenommen werden, die sich nicht mit jenen des Partners überschneiden (etwa Hilfe beim Abendservice), oder aber, dass die Familien gut organisiert bzw. vernetzt sind. „Viele derjenigen, die Saisonstellen annehmen, wissen, dass sie in diesen Monaten die Betreuung regeln müssen“, so Albenberger. Häufig werde die Kinderbetreuung mit Hilfe von Verwandten und Freunden abgedeckt, eine Unterstützung, die besonders in den Orten wichtig sei, in denen es während der im Tourismus arbeitsintensiven Sommermonate keine oder keine ausreichenden öffentlichen Betreuungseinrichtungen gebe.

Um Familien zu unterstützen, wird auch auf Beiträge für die Betreuungskosten gesetzt. Etwa über die Bilaterale Körperschaft für das Handwerk oder jene für den Tertiärssektor. Letztere wird paritätisch von hds und den Gewerkschaften des Handels- und Dienstleistungssektors verwaltet und gewährt seit zehn Jahren eine Rückvergütung der Spesen für die Kinderbetreuung. „Es handelt sich um 65 Prozent der Ausgaben für die Betreuung von Kindern bis zum Alter von 14 Jahren“, erklärt Alberto Petrer, hds-Bereichsleiter Arbeitsrecht und Gewerkschaftsangelegenheiten. Gewährt werde der

Beitrag für die schul- bzw. kindergartentfreie Zeit im Sommer sowie während der Christkindmärkte und des Winterschlussverkaufs (von 1. Dezember bis Ende Februar). „Das sind Zeitabschnitte, in denen die Kinderbetreuung für Familien generell schwieriger zu organisieren ist“, so Petrer. Und die Kosten dafür seien zum Teil beträchtlich. „besonders im Verhältnis zu einem Einkommen von 1.200 oder 1.400 Euro“. In diesem Bereich sei die Politik gefordert, weitere Maßnahmen zu setzen und den Bedürfnissen der Familien entgegenzukommen.

Finanzielle Hilfen werden gut angenommen

Eingeführt sei diese finanzielle Unterstützung einst geworden, erinnert sich Petrer, weil die Notwendigkeit dafür wuchs. „Die ausgehaltenen Beiträge sind im Laufe der vergangenen Jahre stets gestiegen“, sagt Petrer. „Ein Zeichen dafür, dass die Initiative sinnvoll ist.“ Auch hätten sich immer wieder Organisationen aus anderen Provinzen und Regionen nach diesem bewährten „Südtiroler Modell“ erkundigt.

Es tut sich hinsichtlich außerfamiliärer Kinderbetreuung in Südtirol einiges, doch noch gibt es Luft nach oben – und dabei ist weiterhin der Einsatz der öffentlichen Hand gefragt. Zwar hat das Land das Familienbudget zuletzt von 54,4 Millionen Euro im Jahr 2014 auf mehr als 77 Millionen Euro im Jahr 2016 aufgestockt und dadurch auch die Betreuungsangebote ausgebaut, doch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu forcieren, muss der Ausbau weitergehen.

Simone Treibner/© simone@swz.it



Kinderbetreuung – Wie heimische Unternehmer die derzeitige Situation beurteilen und woran noch gearbeitet werden müsste Hand in Hand

Info

„Um ein paar Kinder raufen“ – Wie die Landespolitik den Status quo einschätzt

Zuletzt war die Kinderbetreuung immer wieder ein Thema im Politikbetrieb in Südtirol. Vergangenen Freitag etwa wurde im Landtag bei der Artikeldebatte zum Nachtragshaushalt über die Kinderbetreuung gesprochen, im folgenden die Zusammenfassung einiger Wortmeldungen von Abgeordneten.

Maria Hochgruber Kuenzer beantragte, dass der Tagesmütterdienst auch Vorschulkindern ab vier Jahren offen steht, aber ohne Tarifmäßigkeit. Es geht dabei um Ausnahmefälle, etwa im Sommer oder wenn der Kindergartendienst aus Kostengründen nicht den ganzen Tag aufrechterhalten werden könnte (der Antrag wurde angenommen). Andreas Pöder warnte in dersel-

ben Debatte vor Mehrleistigkeiten, die nicht mehr finanzierbar seien. Es gebe bereits eine Auswahl beim Angebot: Tagesmutter, Kinderhort und Kindergärten. Das Angebot sollte auch nur von Eltern in Anspruch genommen werden können, die arbeiten oder auf Arbeitssuche seien; es gehe nicht an, dass Eltern, die nicht arbeiten und folglich auch nicht zahlen, ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen abgeben. Elena Artloli unterstützte diese Forderung. Die arbeitenden Eltern fänden für ihre Kinder keinen Betreuungsplatz, weil rund 30 Prozent der Plätze von Kindern, deren Eltern ohne Arbeit und Einkommen seien, in Anspruch genommen würden. Brigitte Foppa kritisierte, dass Frauen, die ihre Eltern pflegten, demnach für ihre Kinder keinen Anspruch

auf einen Platz im Kinderhort hätten. Zudem, befand Foppa, sei ein Platz im Kindergarten keine Abschiebung, sondern für viele Kinder ein Ort, an dem sie mit anderen Kindern zusammen sein könnten. Wahlfreiheit bedeute nicht nur eine Auswahl unter Betreuungsstrukturen, dazu gehöre auch die Erziehung daheim, die ebenso unterstützt werden solle, bemerkte Pius Leitner. In Zukunft würden sich die vielen Betreuungseinrichtungen um ein paar Kinder raufen. Sven Knoll beanstandete Foppas Ausführungen, die Grünen hätten nicht die Deutungshoheit für den Begriff „moderne Familie“. Eine Familie, die ihre Kinder daheim erziehe, sei nicht rückständig. Ebenso sei eine Frau, die eine Betreuungstätigkeit in Anspruch nehme, keine Rabenmutter. Riccardo

Dello Scharba merkte an, dass Südtirol bei den Betreuungseinrichtungen Nachholbedarf habe. Die zuständige Landesrätin Waltraud Deeg unterstrich in ihrer Antwort auf die Diskussion, dass die Familie im Wandel sei und auf ihre Bedürfnisse eingegangen werden müsse. Es gelte, die Voraussetzungen für die Kinderbetreuung zu schaffen. Man wolle das anbieten, was gebraucht werde – es gehe um die Unterstützung der Familien bei der Betreuung ihrer Kinder. Die Vielfalt der Dienstleistungen sei ein Mehrwert und die Wahlfreiheit zu unterstützen. Die Qualität in den Betreuungsstrukturen sei sehr hoch, die Betreuerinnen verdienten mehr Unterstützung. Die Erweiterung des Tagesstättenangebots auf Kinder ab vier Jahren koste keinen Cent mehr und sei gängige Pra-

xis sowie europäischer Standard – Deeg bezog sich damit auf den Protest der Gemeinden, die die Kosten für die Betreuung von Kindern mitfinanzieren sollen, die das dritte Lebensjahr vollendet haben und den Kindergärten besuchen dürfen, deren Eltern sich aber für eine andere Betreuungsvariante (zum Beispiel Kindertagesstätte, Tagesmutter) entschieden. In Bozen gebe es übrigens genügend Betreuungsplätze, niemand bleibe außen vor.

Eine Woche zuvor hatte Familienlandesrätin Deeg dem Rat der Gemeinden die Durchführungsvorgaben zum neuen Finanzierungsmodell für die Kleinkinderbetreuung vorgestellt. Ab 2017 soll jede Gemeinde Betreuungsplätze für mindestens 15 Prozent der ansässigen Kinder im Alter von 0 bis 3 bereitstellen.

© Alle Rechte vorbehalten/Reproduktion ist erlaubt

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag